

Wie wird aus der „Zukunft der Arbeit“ zukunftsfähiges Arbeiten –  
lebensfreundlich, naturgemäß, geschlechtergerecht?  
(Thesen für die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ am 15.10.12)

*Vorbemerkung:*

Diese Thesen basieren auf dem Hintergrundpapier „Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ von Christa Wichterich, Uta von Winterfeld mir. Über dieses Papier wollen wir eine Perspektive in die Diskussion einbringen, von der wir befürchten, dass sie aufgrund des fast vollständigen Ausschlusses von Expertinnen aus dem Enquete-Prozess ausgeblendet wird: die nicht-marktliche lebensweltliche Perspektive und die herrschaftskritische Analyse von Ausgrenzungsprozessen.

Denn der – durch den Mainstream ökonomischen Denkens und Handelns geprägte – Blick auf Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität erfasst nur eine partielle Wirklichkeit und meint doch, das Ganze zu sehen. Aber die lebenserhaltenden Prozesse bleiben ausgegrenzt: insbesondere die sozial weibliche unbezahlte Sorgearbeit und die ökologisch natürlichen Prozesse. Diese Ausgrenzung ist der heutigen Ökonomie derart inhärent, dass wir von Externalisierung als Prinzip sprechen. Es gilt, dieses Prinzip zu überwinden, um das Ganze der Ökonomie und der Arbeit in den Blick zu bekommen und es als Ungetrenntes und Verwobenes zu verstehen. Nur so können alle den Wohlstand fördernden Kräfte erfasst werden.

Aus dieser Perspektive begründet sich meine *zentrale These*:

Damit die „Zukunft der Arbeit“ zu zukunftsfähigem Arbeiten führt, ist ein neues Arbeitsverständnis nötig, das die vielfältigen Arbeitsformen jenseits des Marktes (Sorge-Arbeit, bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit z. B.) mit der Erwerbsarbeit integriert und dieses Ganze der Arbeit hierarchiefrei und naturverträglich gestaltet. Dieses neue Arbeitsverständnis ist die Basis für eine gesellschaftliche Umverteilung und Umbewertung von Arbeit, die Alle einschließen und geschlechtsspezifische Zuweisungen und Abwertungen überwinden.

*These 1: Megatrends, nachhaltiges Wirtschaften und Handlungsempfehlungen<sup>1</sup>*

Megatrend 1: Existenzsichernde Erwerbsarbeit im produzierenden Sektor ist knapp geworden. Immer weniger Arbeitskräfte produzieren immer mehr Güter (jobless growth). Dies wird durch den wachsenden Dienstleistungssektor nicht automatisch ausgeglichen: zum einen entstehen hier viele nicht Existenz sichernde Arbeitsverhältnisse, und zum zweiten werden auch hier durch Rationalisierungswellen viele Menschen wieder freigesetzt.

Megatrend 2: Der „Sachzwang“ (globale) Standortkonkurrenz führt zu Deregulierung und zu neuen Beschäftigungsformen. Diese werden heute unter den Begriffen Prekarisierung, Entgrenzung und Totalisierung diskutiert. Sie drücken die Erosion des sog. Normalarbeitsverhältnisses aus. Verbunden ist diese Entwicklung mit einer doppelten „Feminisierung“ der Beschäftigung: die Beschäftigtenzahlen von Frauen steigen an (bei konstantem Arbeitsvolumen), gleichzeitig nehmen „feminisierte“, d. h. ungeschützte und Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse auch für Männer zu. All das drückt derart auf die Löhne, dass viele auch von einer Vollzeit-Beschäftigung nicht mehr leben können.

Megatrend 3: Die „neue internationale Arbeitsteilung“ führt zur Produktionsverlagerung in Billiglohnländer, wodurch die Arbeitslosigkeit verstärkt wird. Am Ende dieser globalen

---

<sup>1</sup> Die Thesen folgen dem der Einladung an mich beigefügten Fragenkatalog.

Wertschöpfungsketten kommt billige Massenware als Importgut nach Deutschland, wodurch die Reallohnsenkung z. T. kompensiert wird.

Megatrend 4: Über „transnationale Sorgketten“ wird die Sorgearbeit neu verteilt – nicht zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Frauen aus verschiedenen sozialen Klassen und Ethnien. Sie wird verschoben: von armen in reiche Ländern, von ärmeren in reichere Haushalte. Am Ende reißt diese Kette jedoch, zurück bleiben unversorgte Kinder und Alte. Die geschlechtsspezifische Zuschreibung der Sorgearbeit bleibt erhalten. Marktfähig gemacht, findet sich die Sorgearbeit im Bereich der schlecht bezahlten oder sogar prekären Beschäftigungsverhältnisse wieder.

Nachhaltiges Wirtschaften wird durch diese Megatrends be- oder sogar verhindert. Denn Nachhaltigkeit bedeutet mindestens, sozial und ökologisch verträglich und geschlechtergerecht zu wirtschaften. Nachhaltiges Arbeiten ist Existenz sichernd, mehr noch: ist gute Arbeit, die ein gutes Leben im Einklang mit der Natur ermöglicht. Diese Art des Wirtschaftens hätte gegen diese Megatrends keine Chance, gäbe es nicht andere, vielfältige Entwicklungen neben dieser großen Linien, die in ihrer Gesamtheit einen Gegentrend ausmachen und als Megatrend 5 bezeichnet werden können: dazu gehören Unternehmen, die sich an ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten und denen gute und gut bezahlte Arbeit wichtig ist (vgl. z. B. die zahlreichen Unternehmen, die in ihren Gemeinwohlbilanzen auch die soziale und ökologische Qualität der Arbeit ausweisen); dazu gehören die neuen Formen des gemeinsamen Wirtschaftens, die unter dem Begriff „solidarische Ökonomie“ zusammengefasst werden; dazu gehören die alte und neue Genossenschaftsbewegung, die neue Commons-Bewegung, in der das gemeinschaftliche Produzieren von Gemeingütern im Mittelpunkt steht (Linux, Wikipedia, interkulturelle Gärten z. B.), sowie die neue Bewegung des Selbermachens, wo die Freude an der eigenen und gemeinsamen Kreativität zentral ist. Und dazu gehören die vielen Tätigkeiten des Sorgens, der Subsistenz, der Eigenarbeit und des Engagements, die immer noch 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten ausmachen.

Die allgemeinen Handlungsempfehlungen bzw. Konsequenzen für die Arbeits(markt)politik, die sich hieraus ableiten lassen, rahmen die in den folgenden Thesen entwickelten problemspezifischen Empfehlungen ein:

- Ausbau der Möglichkeitsräume für alle Formen nachhaltigen Wirtschaftens (Stärkung des Megatrends 5)
- Anerkennung der außermärklichen Arbeit als Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und deren geschlechtergerechte Verteilung (vgl. These 2)
- Entwicklung neuer Arbeitszeitkonzepte für gute Arbeit mit verkürzten Erwerbsarbeitszeiten und kollektiven Zeitrhythmen (vgl. These 3)
- Ausbau einer diese Vervielfältigung von Arbeit unterstützenden sozialen Infrastruktur (vgl. These 4)
- Finanzierung durch ein verändertes Steuersystem (vgl. These 5)

*These 2: Zur gerechteren Verteilung der Arbeit, auch zwischen den Geschlechtern*

Es gibt eine allgemeine Ungerechtigkeit in der Verteilung der Erwerbsarbeit: Einige – die Arbeitslosen – sind von der Arbeit ganz ausgeschlossen, während andere immer mehr arbeiten müssen. Die Kehrseite ist eine ebenfalls ungerechte Verteilung der freien Zeit, die Ausdruck der hohen Produktivität ist: sie wird ganz den Arbeitslosen zugeschoben, die Arbeitszeiten der Arbeitenden dagegen verlängern sich. Abhilfe kann hier über eine kräftige Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit geschaffen werden, begleitet von einer Qualifizierungsoffensive (mit unterstützender sozialer Infrastruktur) für die Arbeitslosen.

Die geschlechtsspezifische Ungerechtigkeit in der Verteilung der Arbeit – gute Positionen in der Erwerbsarbeit sind überwiegend männlich besetzt, während der Hauptteil der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit gesellschaftlich Frauen zugewiesen ist – hat einen

systematischeren Charakter: Ursache ist die Ausgrenzung der sog. reproduktiven Tätigkeiten und Prozesse aus dem, was als Ökonomie verstanden wird. Erwerbsarbeit für den Markt gilt als produktiv und Wert schaffend, Sorgearbeit jenseits des Marktes als un-, bestenfalls reproduktiv und nicht Wert schaffend. Diese systematische Abwertung prägt auch die marktmäßige Sorgearbeit und ist strukturelle Ursache für den Gender Pay Gap.

Geschlechtergerechtigkeit in der Bezahlung erfordert die Aufhebung dieser systematischen Ausgrenzung und Abwertung durch gesellschaftliche Anerkennung und Aufwertung der Sorgearbeit. Die Umverteilung der ganzen Arbeit zwischen den Geschlechtern ist hier zentral: Wenn Männer die ihnen zustehenden ca. 50 % der unbezahlten Sorgearbeit übernehmen, steigt die gesellschaftliche Anerkennung dieser Tätigkeit. Und der Weg für Frauen in die Erwerbsarbeit bis hinein in die Chef\_innenetagen wird frei. Die o.a. Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, aber auch die Entwicklung lebensfreundlicher Teilzeitmodelle für Männer und Frauen sowie eine unterstützende soziale Infrastruktur sind begleitend notwendig.

*These 3: Arbeitszeitkonzepte, kollektive Zeitrhythmen, Begrenzung der Entgrenzung und die Frage: Ist eine reduzierte Vollzeit in einer alternden Gesellschaft überhaupt möglich?*

Eine reduzierte Erwerbsarbeitszeit ist nicht nur möglich in einer offenen Gesellschaft (die Arbeitsmöglichkeiten für alle anbietet, die auf Arbeits- und Einkommenssuche aus anderen Ländern zu uns kommen), sondern auch nötig – nötig für die vielen Tätigkeiten jenseits des Marktes. Hierzu gehören vor allem Sorgetätigkeiten für die steigende Zahl alter Menschen sowie für den Erhalt der natürlichen Grundlagen des Wirtschaftens. Und diese Tätigkeiten – gerichtet auf die menschlichen und natürlichen Lebensprozesse – brauchen viel Zeit, Zeit jenseits von Zeittakten. Arbeitskonzepte mit reduzierter Erwerbsarbeit nehmen denn auch alle Arbeitsarten in den Blick – gehen somit von dem o.g. neuen Arbeitsverständnis aus – und verstehen die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit gerade auch als Schaffung von Möglichkeitsräumen für diese anderen Arbeiten. Beispiele: kurze Vollzeit für alle, Halbtagsgesellschaft, Vier-in-Einem-Konzept, Vorsorgendes Arbeiten, Vollbeschäftigung durch Teilzeiterwerb und Teilzeitsorge. Alle Konzepte betonen die Notwendigkeit einer geschlechtergerechten Verteilung der Arbeit und die größere Selbstbestimmung in der jetzt vielfältigen Arbeit. Nur die drei letztgenannten nehmen jedoch einen Perspektivenwechsel vor, indem sie die neuen Arbeitskonzepte nicht von der Erwerbsarbeit (und damit vom Arbeitsmarkt), sondern von den lebenserhaltenden Tätigkeiten her entwickeln. Das hat auch Konsequenzen für die Qualität der Erwerbsarbeit: ist diese Arbeit heute häufig Teil eines Natur zerstörenden Produktions- und Marktsystems, so wird sie in diesen neuen Konzepten (wieder) eingebettet in soziale und ökologische Lebensprozesse. Kollektive Zeitrhythmen sowie die Beachtung natürlicher Zeitprozesse gehören dazu – wie auch die Betonung von Muße, von freier Zeit, die für keine Arbeit zur Verfügung steht. Alle diese Vorschläge verstehen alle Arten von Arbeit als gute Arbeit, lebensdienlich und naturverträglich. Zur Ausdifferenzierung der Anforderungen an „gute Arbeit“ ließen sie sich mit dem DGB-Konzept von „guter Arbeit“ bzw. dem ILO-Konzept von „decent work (menschenwürdige Arbeit)“ verknüpfen.

*These 4: Systeme der sozialen Sicherung für diese zukunftsfähigen Arbeitswelten<sup>2</sup>*

Das bestehende System der sozialen Sicherung beruht auf der Erwerbsarbeit. Das neue System muss sich dagegen auf alle Organisationsformen von Arbeit beziehen und reicht, marktübergreifend, in alle Lebensbereiche hinein: Es ist ein umfassendes System der sozialen Infrastruktur für dieses neue Arbeitskonzept. Hier mischen sich soziale Sicherung und öffentliche Daseinsvorsorge: Diese neue Sozialpolitik federt Lebensrisiken für alle ab und

---

<sup>2</sup> These 9 und 10 beziehen sich auf Kap. 9 („Gesellschaftliche Teilhabe“) der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vom Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie, das ich gemeinsam mit Claudia von Braunmühl und Uta von Winterfeld verfasst habe .

gewährleistet die materiellen Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist damit zugleich auch Arbeits- und Wirtschaftspolitik.

Mit dem Begriff „soziale Infrastruktur“ sind dabei alle institutionellen und materiellen Ressourcen bezeichnet, die die Teilhabe an Arbeit und die darüber hinausgehende Entfaltung menschlicher Fähigkeiten ermöglichen. Dazu gehört ein umfassender Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Dazu gehört auch ein bedingungsloses Grundeinkommen – bedingungslos in dem Sinne, dass es an keine Zugangsbedingungen geknüpft ist. Es ist aber in dem Sinne *bedingungsvoll*, als es Teil der qualitativ hochwertigen Infrastruktur ist, zu der alle Zugang haben. Grundeinkommen *allein* reicht für ein gutes Leben nicht aus.

*These 5: Arbeit, Steuern und demografischer Wandel und die Frage: Sollte das Steuersystem tendenziell weg von lohnbezogenen Steuern hin zu Verbrauchssteuern gehen?*

In diesem Konzept zukunftsfähigen Arbeitens ist die Erwerbsarbeit nur *ein* Element in dem Ganzen der Arbeit. Die Finanzierung des neuen Systems sozialer Sicherung und öffentlicher Daseinsvorsorge muss daher Schritt für Schritt verändert werden: von der alleinigen Betonung des Lohneinkommens als Finanzierungsgrundlage hin zur Einbeziehung *aller* personengebundenen Einkommen, von der alleinigen Finanzierung durch diese Einkommen hin zu einer stärkeren Steuerfinanzierung. Auch das Grundeinkommen wird über Steuern finanziert. Das heißt aber nicht, dass das Steuersystem ausschließlich auf Verbrauchssteuern umgestellt werden sollte. Denn Verbrauchssteuern wirken regressiv, belasten die unteren Einkommensgruppen stärker als die oberen und sind daher sozial ungerecht.

Wichtigste Steuerbasis bleiben vielmehr Einkommen und Vermögen. Steuerquellen sind, neben dem Lohneinkommen: Gewinne jeglicher Art (auch aus Finanztransaktionen), Vermögen, Erbschaft. Das entspricht dem Leistungsfähigkeitsprinzip, das rechtfertigt sich aber auch daraus, dass diese hohen Einkommen und Vermögen durch die Sicherheits- und Wohlfahrtsleistungen des Staates nach dem 2. Weltkrieg erst ermöglicht wurden. Gleichzeitig lässt sich so auch die Verteilung gerechter gestalten. Weil ein großer Teil des nicht zum Leben notwendigen Geldes heute nicht produktiv angelegt wird, sondern auf den Finanzmärkten auf der Suche nach Gewinnen hin- und herwandert, ist Teil des neuen Steuersystems auch eine Finanztransaktionssteuer.

Aus ökologischer Perspektive geht es darüber hinaus um eine stärkere steuerliche Belastung der Nutzung natürlicher Ressourcen. Seit den 70er Jahren gibt es eine Schieflage in der Besteuerung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Naturressourcen: Während die Belastung der Arbeit kontinuierlich gestiegen ist, sank sie bei Kapital und Naturressourcen. Die Lenkungswirkung dieses System konterkariert sowohl beschäftigungs- als auch ökologische Ziele. Auch von hierher werden somit höhere Steuern auf Kapitaleinkünfte erforderlich. Und auch höhere Steuern auf den Verbrauch von Naturressourcen. Hier gilt es, das Steuersystem als Lenkungsinstrument für eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu verändern und auszubauen. Die ökologische Steuerreform war hier ein erster Schritt.

*Schlussbemerkung:*

Durch die genannten Maßnahmen wird das Externalisierungsprinzip in Frage gestellt, wird das alte System der Erwerbsarbeit transformiert in ein neues Arbeitskonzept, das alle Arbeiten zu einem Ganzen der Arbeit integriert – geschlechtergerecht, lebensfreundlich, naturgemäß. Diese Prozesse sind neu und unbekannt; demokratisches Sondieren und Beraten sind notwendig, um die skizzierten Entwicklungspfade zu begehen. (Arbeits)Politik ist nötig, Gestaltungsmacht gegenüber ökonomischen Interessen wird gebraucht. Denn obwohl es hier „nur“ um Arbeit geht, geht es doch um den Ausstieg aus dem auf den Markt fixierten Wohlstandskonzept hin zu neuen Wohlstandsmodellen, wo gutes Leben im Mittelpunkt steht und die gleichwertige Teilhabe Aller primär sind.